



HESSISCHER LANDTAG

*Dem 28. 11. 97
Haushaltsausschuß
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 1998 und 1999**

- Einzelplan 07 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 08 Maßnahmen zur Förderung der außerschulischen
beruflichen Bildung

Titel 685 73 Zuschüsse an andere

Der Ansatz 1998 wird von 1.600.000 DM um
225.000 DM auf 1.825.000 DM, der Ansatz 1999
wird von 1.600.000 DM um 540.000 DM auf
2.140.000 DM erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung 1998 zu Lasten
1999 wird von 600.000 DM um 315.000 DM auf
915.000 DM, die Verpflichtungsermächtigung
1999 zu Lasten 2000 wird ebenfalls von 600.000
DM um 315.000 DM auf 915.000 DM erhöht.

In den Erläuterungen wird der Klammersatz zu
Buchstabe b) wie folgt neu gefaßt:
„vorgesehen sind in 1998 1,325 Mio. DM sowie
Verpflichtungsermächtigungen für 1999 von 0,815
Mio. DM und für 2000 von 0,05 Mio. DM und in
1999 1,64 Mio. DM sowie
Verpflichtungsermächtigungen für 2000 von 0,815
Mio. DM und für 2001 von 0,05 Mio. DM.

Wiesbaden, 27. November 1997

Für die Fraktion der SPD

Der Fraktionsvorsitzende
Clauss

Für die Fraktion

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Die stellv. Fraktionsvorsitzende
Hinz